

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenszelle oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 3. December d. J. den Pfarrdechant zu Matrei, Johann Brunner, zum Propst an dem Kollegiatkapitel zu Innichen allergnädigst zu ernennen geruht.

Vom k. k. Ministerium für Handel und Volkswirtschaft ist der Telegraphen-Inspektor Franz Burian in Agram auf sein Ansuchen in gleicher Eigenschaft nach Innsbruck überetzt worden.

Der Präsident des k. k. Obersten Gerichtshofes hat eine bei diesem Gerichtshofe in Erledigung gekommene Rathsklektärs-Adjunktenstelle dem Gerichtsadjunkten des k. k. Kreisgerichtes in Przemysl, Johann Witoszynski, zu verleihen befunden.

Nichtamtlicher Theil.

Schleswig-Holstein.

Von den Ministern der auswärtigen Angelegenheiten von Preußen, Sachsen und Hannover sind Schreiben an den dänischen Conseils-Präsidenten gerichtet worden, ähnlichen Inhalts, wie nachstehendes: Schreiben des Grafen Rechberg an den königlich dänischen Conseils-Präsidenten Herrn Hall in Kopenhagen, ddo. Wien, 11. December.

Der unterzeichnete k. k. Minister etc. etc. beehrt sich, Sr. Excellenz den etc. davon ergebenst in Kenntniss zu setzen, daß die hohe deutsche Bundesversammlung in Verfolg ihres Beschlusses vom 1. Oktober d. J. am 7. d. M. nachstehenden Beschluß gefaßt hat:

1. Die in Ziffer IV. des Beschlusses vom 1. Oktober vorgesehene Aufforderung zum sofortigen Vollzug der beschlossenen Maßregeln nunmehr an die Regierungen von Oesterreich, Preußen, Sachsen und Hannover zu richten.

2. Die genannten Regierungen hievon durch ihre Herren Gesandten in Kenntniss zu setzen und denselben die geeignete Eröffnung an die königlich dänische Regierung, so wie die Ausführung jener Maßregeln nach Maßgabe der inzwischen von ihnen getroffenen militärischen Verabredungen anheimzugeben.

Es wird demgemäß nun die Uebernahme der Verwaltung der Herzogthümer Holstein und Lauenburg durch die bestellten Zivilkommissäre des deutschen Bundes, welchen die erforderlichen Bundesstruppen beigegeben sind, stattfinden.

Mit der ergebensten Benachrichtigung hievon hat der Unterzeichnete die Aufforderung zu verbinden, daß die sämtlichen in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg stehenden königlich dänischen Truppen von dem deutschen Bundesgebiete zurückgezogen werden, und es wird die Erwartung ausgesprochen, daß dieß binnen sieben Tagen, von der Uebergabe gegenwärtiger Mittheilung an, geschehe.

Der Unterzeichnete benützt etc. etc.

Mit Spannung sehen wir den Nachrichten über das Verhalten der holsteinischen Bevölkerung nach dem Abzuge der Dänen und dem Einmarsch der deutschen Truppen entgegen. Werden sie den Prinzen Friedrich von Augustenburg als Herzog anrufen? Es ist dieß um so wahrscheinlicher, da übereinstimmenden Nachrichten zufolge die Aufregung in Holstein größer ist als in Schleswig; man will um jeden Preis von Dänemark loskommen. Prinz Friedrich ist nicht, wie man in Holstein zu erwarten scheint, unterwegs, um nach dem Einrücken der Bundesstruppen, das holsteinische Gebiet zu betreten; er ist in München.

Direkte Nachrichten aus den Elbe-Herzogthümern melden, daß seit dem 13. d. M. in den holsteinischen Städten bedeutende Aufregung in den Gemüthern der Bewohner eingetreten, da aus Kopenhagen der Befehl angelangt ist, aus dem in Røgeburg und in Mölln stehenden 14. Bataillon sämtliche Holsteiner auszuschreiben, ungefähr die Hälfte der gesammten Mannschaft, also 400 Mann. Diese werden zwei Kompagnien bilden und gehen unter Befehl des Majors und Oberlieutenant nach Plön ab. Die Lauenburger, auch zwei Kompagnien, bleiben eine in Røgeburg, die andere in Mölln, unter Befehl eines als Major fungirenden Hauptmanns. Der König von Dänemark behält also als Herzog von Lauenburg sein Land besetzt.

In Paris hat die Nachricht, daß der König von Dänemark eine Proklamation erlassen hat, worin er alle Soldaten, die auf Urlaub sind, unter die Waffen beruft. Aufsehen gemacht. Man glaubt dort zu wissen, die Dänen würden mit ungefähr 20,000 Mann sofort über die Deutschen herfallen und den deutschen Truppen eine Niederlage bereiten, um den ersten Sieg zu erfechten. Andererseits, und dies ist glaublicher, schreibt man aus Paris, General Fleury habe bereits gemeldet, er habe das Kopenhagener Kabinet zur strikten Respektirung der Bundesexekution in Holstein um so geneigter gefunden, als es der Vermittlung und Intervention seines mächtigen Verbündeten sicher sei, sobald der Konflikt Schleswig oder die Nachfolge verübre. Seit jener Meldung hält die französische Regierung eine friedliche Lösung für wahrscheinlicher, die Finanzkreise indessen mißtrauen dieser Darstellung der Lage.

64. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 18. December.

(Schluß.)

Abg. Taschek beantragt, die Nachtragsbewilligungen in das Finanzgesetz nachzutragen.

Herbst bezweifelt, ob an einem in dritter Lesung angenommenen und an das Herrenhaus abgegebenen Gesetze noch nachträglich Abänderungen vorgenommen werden können.

Präsident und der Berichterstatter erklären sich in demselben Sinne.

Minister Lasser spricht sich ebenfalls dahin aus, daß ein solcher Vorgang principiell unzulässig sei. Der Antrag wird abgelehnt.

Ingram berichtet ferner über Anträge siebenbürgischer Abgeordneter auf Mehrauslagen für die siebenbürgische Hofkanzlei; der Ausschuss vermißt alle näheren Anhaltspunkte zur Beurtheilung dieser Anträge und befürwortet das Ersuchen an die Regierung, vorerst verlässliche Erhebungen zu veranlassen. Fekete-Rigruti spricht unter allgemeiner Unruhe gegen den Antrag.

Der Antrag wird angenommen.

Steffens referirt über die Petition österreichischer Industriellen um Konzessionirung einer Bahn von Wien über Budweis nach Pilsen.

Der Ausschuss beantragt:

Das h. Haus wolle beschließen:

1. Die k. k. Regierung sei aufzufordern, die k. k. priv. Kaiser Ferdinands Nordbahn und die Staatsbahngesellschaft sofort zur Abgabe ihrer Erklärungen in kürzester Frist über die Annahme der ihnen in Aussicht gestellten Konzessionen zu dem Zwecke zu verhalten, damit der Bau einer Eisenbahn von Wien über Budweis in das Pilsener Kohlenbecken in möglichst kurzer Zeit gesichert wird, widrigens aber die anhängigen Konzessionsverhandlungen abzubrechen;

2. über Eisenbahnkonzessionen in Zukunft keine verbindenden Zusagen zu machen, bevor nicht die

Verhandlungen über die Konzessionsbedingungen mit den Bewerbern gänzlich vereinbart sind, und 3. den Konzessionswerbern außer den Terminen für Beginn und Beendigung des Baues auch noch möglichst kurz gestellte Termine zu bestimmen, binnen welcher sie sich über Annahme oder Nichtannahme der Konzession zu erklären haben.

Ferner beantragt der Ausschuss, die Petition der österreichischen Industriellen der Regierung zur Berücksichtigung und geschäftsmäßigen Behandlung abzutreten.

In der Generaldebatte ergreift Winterstein das Wort, um die Nordbahn gegen die von den Industriellen derselben gemachten und in den Bericht aufgenommenen Vorwürfe in Schutz zu nehmen, welche er durch Verlesung der autbrütschen Ziffern zu widerlegen sucht; er erklärt schließlich, daß, obzwar er jeden Antrag unterstützen werde, der auf die Regierung eine PreSSION ausübt, daß die in Rede stehende Bahn endlich gebaut werde, müsse er doch bedauern, daß der Ausschuss falsche Daten zu seinen Motiven verwendet habe.

Freiherr Riese-Stallburg dementirt als Besitzer eines Kohlenwerkes bei Radnitz mehrere von Winterstein über diese Werke gemachten Angaben und erklärt, daß die Nord- und die Staatsbahn allen Grund haben, den Bau dieser Bahn zu hinterreiben. Er bitte das Haus, diese Bahn mit aller Energie zu befürworten.

Stene macht darauf aufmerksam, daß die projektierte Bahn auch das mährische Kohlenbecken mit Wien in Verbindung bringe.

Graf Brinck: Da sich Stimmen aus Böhmen und Mähren erhoben, wolle er auch als Niederösterreicher seine Stimme erheben, um die PreSSION, die beabsichtigt ist, zu verstärken.

Freiherr v. Kalchberg: Die Vorwürfe, welche der Regierung über Verschleppung der Angelegenheit gemacht wurden, scheinen ihm nicht berechtigt und er könne sich dieselben nur dadurch erklären, daß man über das Detail der Verhältnisse und den Zusammenhang der Unterhandlungen nicht im Klaren sei. Leider könne er, da die Verhandlungen in Schwere sind, die Details nicht entwickeln. Der Regierung sei stets daran gelegen gewesen, diese Bahn zu Stande zu bringen. Die Aeußerungen, welche man im Hause vernommen, sagen, weder Nord- noch Staatsbahn wollen bauen, das Ansinnen an die Regierung wäre also, diese beiden Kompagnien zurückzuweisen. Man spricht immer von einem dritten Offizienten, aber er könne versichern, daß ein dritter Konkurrent nie zum Vorschein kam. Wenn in dem Ausschussantrag begehrt wird, es sollen keine Zusagen gemacht werden, solange die Verhandlungen nicht geschlossen sind, so könne er nur darauf hinweisen, daß die Besprechungen ebensolange keine bindende Kraft haben, bis nicht die Ertheilung der Konzession von Sr. Majestät erfolgt ist. Er müsse daher ersuchen, das Haus möge keineswegs die Regierung in dieser Angelegenheit als schuldtragend an der Verzögerung betrachten. Er könne noch beifügen, daß er gegründete Hoffnung habe, der Knoten werde in nächster Zeit gelöst werden.

Es wird zur Spezialdebatte geschritten.

Bei dem ersten Punkt ergreift Stummer das Wort, um zur Komplettirung des Ausschussantrages zu beantragen, daß nach den Worten „Eisenbahn von Wien über Budweis in das Pilsener Kohlenbecken“ eingeschoben werden „sowie von Stockerau nach Znaim, dann von Znaim an die Rossitzer Eisenbahn.“ (Wird unterstützt.)

Dr. Kaiser beantragt konform mit Stummer noch einzuschalten: „und einer Zweigbahn von Stockerau nach Krems“ (unterstützt.)

Dr. Herbst: Durch die vielen Amendements werde der Ausschussantrag unmöglich gemacht. An

die Petition der Industriellen, betreff einer Bahn in das Pilsner Kohlenbecken, könne man wohl keine Aufforderung an die Regierung knüpfen, sie möge eine Bahn nach Krems bauen, deshalb sei er gegen das Amendement Kaiser.

Der Berichterstatter für den ursprünglichen Ausschußantrag.

Bei der Abstimmung wird Punkt 1 des Ausschußantrages angenommen. Das Amendement Kaiser und Stummer wurde abgelehnt.

Punkt 2 und 3, sowie der Schlußantrag, betreffs der Petition, werden ohne Debatte angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Steffens beantragt mit Berücksichtigung der katholischen und griechischen Feiertage als nächsten Sitzungstag den 11. Jänner 1864, welcher Antrag auch angenommen wird.

Präsident verliest noch eine von Zimmermann und Genossen an den Kriegsminister gerichtete Interpellation. Dieselbe betrifft den Vorfall in Bistritz in Siebenbürgen, wo am 6. d. M. der Kaufmann, Gemeinderath und Presbyter Michael Textoris auf dem Marktplatz von dem Oberleutnant Huß des Regiments König der Niederlande mit dem Säbel niedergestochen wurde, so daß er nach wenigen Minuten todt war. Die Interpellanten richten an den Kriegsminister die Fragen: 1. Ob das h. Kriegsministerium amtliche Kenntniß von dem Geschehenen erhalten hat? 2. Ob und welche Verfügungen getroffen wurden, daß gegen den Thäter nach der vollen Strenge des Gesetzes verfahren werde?

Schluß der Sitzung 2 Uhr.

Nächste Sitzung am 11. Jänner.

Oesterreich.

Wien. Ihre Majestäten der Kaiser Ferdinand und die Kaiserin Maria Anna haben auch neuer zur Unterstützung der Wysebrader Armen 200 fl. zu spenden gerubt.

Wien, 19. December. Die Interpellation, welche die Abgeordneten Zimmermann und Genossen in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses in Betreff der Ermordung Textoris's eingebracht haben, ist bereits dem Kriegsministerium übergeben worden und dürfte schon in einer der ersten Sitzungen nach den Weihnachtstagen durch den Stellvertreter des Kriegsministers (H. v. Mertens) beantwortet werden, da bereits amtliche Mittheilungen über den Vorfall eingetroffen sind und die Verhandlung sich im vollen Zuge befindet. Wie wir vernehmen, ist der Thäter, Oberleutnant Huß vom Inf.-Reg. König der Niederlande einstellungen in Haft genommen und wider ihn die kriegsgerichtliche Untersuchung eingeleitet worden. Zugleich hat sich, wie weiter verlautet, der Vice-Präsident des Abgeordnetenhauses, Comes Schmidt, heute zu dem Herrn Kriegsminister Grafen Degenfeld verfügt, um demselben die Belegstücke der Interpellation zu behändigen und nähere Auskünfte über den Vorfall zu geben.

Aus Ofen, 17. December, schreibt man dem „Freundenblatt“: Nachdem seit einigen Tagen mit Bezugnahme auf die angebliche Ministerkrise in Wien die politischen Kreise Pest-Odens sich mit allerlei Gerüchten beschäftigen, scheinen wir in der That gewissen Ereignissen entgegenzugehen, welche wohl schon längst erwartet wurden. In den höhern Regierungskreisen hier geht es sehr lebhaft zu, und die ungarischen Regierungsmänner scheinen nunmehr in Aktion zu treten. Kaum haben einige Ernennungen von Referenten für die Hofkanzlei und die Bestellung von vier Vizepräsidenten für den königlichen Statthaltererrath in Ofen stattgefunden, so heißt es schon wieder, daß weitere Ernennungen von Würdenträgern stattfinden sollen, welche unmittelbar auf die politischen Geschäfte Ungarns Einfluß zu nehmen berufen sind. Es sollen 24 neue Obergespanne ernannt werden, welche an die respectiven Stellen der provisorischen Komitats-Administratoren, königlichen Kommissäre, Obergespanns-Stellvertreter, kurz jener Herren treten sollen, welche gegenwärtig an der Spitze jener Komitate stehen, welchen kein eigentlicher Obergespann zu Theil geworden. Wie es heißt, dürften die Amtsblätter diese Ernennungen demnächst publiziren. Hier nennt man bereits die Namen der neuen Würdenträger; ihre Träger sind ohne Unterschied zur Zeit im ungarischen Staatsdienste und wirken theils als Statthaltererräthe, theils als Mitglieder der königlichen Gerichtshöfe. Situationsgemäß fragt alle Welt, was die Ernennung von neuen Obergespannen wohl zu bedeuten habe? Will die Regierung unter Theilnahme dieser Männer an die Lösung der schwebenden Frage gehen? Daneben geht auch das Gerücht, der Statthalter Graf Palfy werde sammt seinem Adjutus, Geheimrath v. Privolger, abberufen und ein Laverneuß wieder bestellt werden, welcher bis zur Wahl eines Palatins die politisch-administrativen Geschäfte des Landes leiten soll. Vorläufig inspizirt Graf Palfy die Notstandsbaute an der Theiß und Körös, und nimmt Theil an einer großen Jagd in der weit-

läufigen Forsten von Boros Jenö im Arader Komitat. Ohne Zweifel gehen wir bedeutenden Ereignissen entgegen, und Jedermann sieht in diesen Maßnahmen der Regierung, vorausgesetzt, daß sie auch wirklich erfolgen, die vorbereitenden Schritte für die Einberufung des Landtages.

Aus Krakau, 19. December, schreibt man der „Ost. Ztg.“: Die geheimen Comités haben ihre Thätigkeit hier eingestellt. Die Insurgenten meiden die Stadt, wo es für sie unheimlich ist. Der Aufstand im nahegelegenen Königreiche Polen ist sehr geschwächt und kann den Russen nicht lange mehr Stand halten. Man sucht ihn mühsam fortzuschleppen, weil man noch immer auf die Einmischung Europa's rechnet. Es werden von Zeit zu Zeit kleine, unbedeutende Banden aufstehen und sich wieder zerstreuen, um die Firma der Revolution aufrecht zu erhalten.

Ausland.

Dresden, 19. December. Das „Dresdener Journ.“ veröffentlicht die Antwortnote Sachsens auf die identischen Noten Oesterreichs und Preußens wegen Schleswig-Holstein. Darin heißt es: Die sächsische Regierung habe die Verpflichtungen, welche für Oesterreich und Preußen aus dem Londoner Protokoll erwachsen, keineswegs übersehen; allein die Bundesverträge könnten durch den Londoner Vertrag nicht alterirt werden. Nach dem Bundesvertrage siehe die Kognition über die Erbfolge in einem deutschen Bundeslande dem Bunde und nicht dem Auslande zu. Auf diesem Rechtsboden hätten die deutschen Großmächte abzurechnen mit den Unterzeichnern des Londoner Vertrages und mit Dänemark, nachdem letzteres seine Verpflichtungen unerfüllt gelassen. Ein diesfalliger verfassungsmäßiger Beschluß des Bundes sei weder ein Uebergriß gegen Oesterreich und Preußen, noch gegen das Ausland. Die deutschen Großmächte würden, wenn sie diesen Beschluß des Bundes dem Auslande gegenüber vertreten, sich den Dank ihrer Bundesgenossen erwerben und dem Bunde Kraft verleihen. Wenn der Bund sein Recht wahre, werden auch die europäischen Mächte Recht widerfahren lassen. Die Vorenthaltung dieses Rechtes und die Mißachtung des Bundes dulden, wäre eine Gefahr, welche die deutschen Regierungen höher als jede andere anzuschlagen hätten.

Frankfurt. Der bayerische Bundestagsgesandte Freiherr v. d. Pfordten hat das Referat in der Herzogthümer-Angelegenheit für jetzt niedergelegt. Wer dasselbe nunmehr übernehmen wird, ist bis jetzt nicht bekannt. Der Grund des Rücktrittes des bayerischen Gesandten liegt offenbar darin, daß derselbe die Verantwortung für die nun folgenden Vorschläge der Majorität nicht übernehmen will, welche mit seiner eigenen Auffassung und derjenigen seiner Regierung im Widerspruch sich befinden.

Frankfurt, 16. December. Der Kommandant der Bundesbesatzung Prinz von Augustenburg ist gestern von einem Schlaganfall betroffen worden. Dem Vernehmen nach ist eine Lähmung eingetreten.

Frankfurt, 19. December. Der Senat hat beschlossen, auf die Interpellation des gesetzgebenden Körpers vom 9. d. M. Folgendes zu antworten: Der Senat, welcher dem Bundesbeschlusse vom 7. d. nicht beigekimmt und sich, nachdem durch Hamburg und Lübeck die Stimme der Kurie gebildet wurde, einer entscheidenden Stimme begeben mußte, verkennt nicht, daß ein sofortiges Eintreten des deutschen Bundes zum Schutze der legitimen Erbfolge in den Herzogthümern und der Rechte Holsteins auf die Union mit Schleswig entsprechender gewesen wäre, als der Vollzug des Bundesbeschlusses vom 1. October. Er ist überzeugt, daß es dringliche und ernste Aufgabe des Bundes bleibt, nicht nur die Selbstständigkeit Holsteins und Lauenburgs und die legitime Erbfolge in denselben, sondern auch die Rechte und Interessen Deutschlands und Holsteins, bezüglich Schleswigs, mit allen zulässigen Mitteln zur Anerkennung und Geltung zu bringen, und wird für diese Aufgabe in Vertretung der hiesigen Freistadt einstehen, daher denjenigen Anträgen, welche auf Nichtanerkennung des Londoner Vertrages und Schutz der legitimen Erbfolge in den Herzogthümern gerichtet sind, so wie Anträgen, welche die Nichtinkorporation Schleswigs und die Verhinderung der darauf gerichteten Schritte bezwecken, zustimmen und dieselben unterstützen.

— Ueber die in der letzten Sitzung des Bundestages festgesetzte Instruktion für die Zivilkommissäre, welche die Bundes-Exekution in Holstein zu leiten haben, macht die Berliner „liberale Corr.“ folgende Mittheilung:

„Im ersten Paragraphen derselben werden sie angewiesen, die gesammte Verwaltung des Herzogthums Holstein, unbeschadet der suspendirten Rechte des Landesherrn, bis zu dem Augenblicke zu führen, wo durch einen andern Beschluß des Bundestages das Exekutions-Verfahren aufgehoben ist. Genannt ist in

dem Bundesbeschlusse der Landesherr nicht. Es ist aber auch nicht einmal ausgesprochen, daß der Bundestag zweifelhaft ist, wer der Landesherr ist, auch nicht, daß ein Beschluß über die Erbfolge vom Bunde zu erwarten, der auf die Exekution von Einfluß sein würde. Auch des Falles einer möglichen Bewegung zu Gunsten des Herzogs Friedrich ist mit keinem Worte erwähnt. Der Zusatz also zu dem die Bundes-Exekution ausprechenden Beschluß vom 7. d. M., daß die Erbfolge zweifelhaft und darüber noch zu entscheiden sei, hat keinen Einfluß bei der Abfassung der Instruktion für die Zivil-Kommissäre gehabt. — Im §. 3 der Instruktion wird den Zivil-Kommissären noch besonders die Vollmacht ertheilt, überall in allen Zweigen der Verwaltung Beamte zu entlassen und neue einzusetzen, wenn sie es für nöthig halten. Diese Bestimmung ist um so notwendiger, als in den letzten Jahren eine Anzahl dänischer Beamten von sehr zweifelhaftem Charakter nach Holstein geschickt ward. Die Zivil-Kommissäre werden zuerst die Anerkennung des deutschen Bundes und der ihnen von demselben übertragenen Autorität von den Beamten verlangen, und alle diejenigen entlassen, die diese Anerkennung verweigern. Die Bundes-Zivil-Kommissäre sind bekanntlich Herr v. Könniger für Sachsen, und Herr v. Rielpen für Hannover.“

Aus Hamburg, 17. December, wird geschrieben: „Privatnachrichten aus Kopenhagen melden, daß die Vereinigung von Diplomaten, welche jetzt dort stattfindet, und welche man füglich als eine Art Diplomatenkonferenz bezeichnen kann, einen Zuwachs erhalten werde. Schweden wird nämlich ebenfalls einen Spezialgesandten nach Kopenhagen senden, wovon es bereits Frankreich Anzeige gemacht hat. Es scheint, daß der schwedische Diplomat sich zu einer Kooperation mit dem französischen Gesandten, General Fleury, anschicken soll. Der französische Einfluß würde dadurch in Kopenhagen verstärkt und der englische mehr paralytirt.“

Aus Kopenhagen wird der (schwedischen) „Gothenburger Handels-Zeitung“ geschrieben, daß am 10. Abends ein Aufruhr daselbst stattgefunden hat. Um 11 Uhr Abends war eine Volksmasse versammelt und sang Volkslieder auf dem Königs-Neumarkt. Um 12 Uhr marschirten Alle Arm in Arm durch die Breitestraße voran, allein da war eine große Polizeimasse aufgestellt, um sie abzuhalten. Es dauerte eine Stunde, ehe man sich entschloß, auf den Markt zurückzukehren, und man beschloß, am 11ten, Abends 9 Uhr, vor König Christian's Schloß in der Amalienstraße zu marschiren. Man meint nämlich, der König wolle das Ministerium Hall entlassen und die neue Verfassung aufheben, er wolle sogar einen „Schleswig-Holsteiner“ berufen, um ein Ministerium für einen Gesamtstaat zu bilden, und dieser heiße: Graf Scherl-Plessen, Bruder des dänischen Gesandten in Stockholm. Es könne keine schwedisch-dänische Allianz mehr geben, allein Dänemark wolle sich mit Schweden und Norwegen verbinden und dann solle Carl XV. nicht, wie er gewünscht, Oberbefehlshaber der dänisch-schwedisch-norwegischen Armee werden, sondern mehr. Der Brief schließt vom 11. Dec.: Es ist 11 Uhr, Tausende von Menschen eilen durch die Straßen. Diese Zustände erklären allerdings die in den letzten Tagen eingetroffenen Depeschen, welche erst das Nachgeben der dänischen Regierung, nachher die veränderten Entschlüsse derselben kundgeben.

Paris. Die „France“ hat Briefe aus Vera-Cruz erhalten, welche melden, daß die Contra-Guerrillas des Obersten Dupin die Mexikaner geschlagen haben, und daß eine andere Kolonne Perote und Zolappa besetzt hat. Das französische Geschwader blockirte fortwährend die Küste von Tamaulipas.

Paris, 18. December. Die Stimmung ist eine sehr getrübt. Die Debatten im Senate haben einen tiefen Eindruck bei der Bevölkerung gemacht. Die Arbeiterklasse steigert ihre Präntensionen; der gebildete Theil spielt die Rolle wie ehemals die Bourgeoisie; das Bürgerthum ist mißgestimmt, weil es sich schutzlos fühlt. Die Freunde der Regierung drängen zu liberalen Konzessionen.

Tagesbericht.

Laibach, 22. December.

Zum fünfshundertjährigen Jubiläum der Wiener Universität (1865) bereitet, wie die „Osterr. Wochenschrift“ meldet, der krainische Historiograph Herr P. v. Radics eine Sammlung von Biographien von hundert Krainern vor, die ihre Universitätsstudien in Wien gemacht, und die als Priester, Gelehrte, Staatsmänner eine hervorragende Stellung im Staate eingenommen haben. Das Werk wird einen wichtigen Beitrag zur Kulturgeschichte Oesterreichs und speziell des Landes Krain bieten, es wird aber nebstdem ganz vorzüglich geeignet sein, zu zeigen, wie vor Zeiten über hundert Männer auch aus diesem Lande der Krone ihre ganze künftige Stellung im Leben an der Hochschule der Reichshauptstadt,

welche man so gerne oft mit dem Maßstabe einer Kronlandshochschule zu messen geneigt ist, begründet und wie die Beziehungen, die sie da in jungen Jahren geknüpft, fort und fort wirkend blieben zum Besten der Einzelnen, des Heimatlandes und des Gesamtstaates.

— Das Central-Comité der im Jahre 1864 in Agram stattfindenden dalm.-kroat.-slav. Ausstellung macht bekannt, daß ein in kroatischer, italienischer und deutscher Sprache verfaßter Katalog ausgegeben werden wird, der aus 3 Haupttheilen bestehen soll, und zwar: 1. aus dem allgemeinen Theile, die volkswirtschaftlichen Zustände Kroatiens, Slavoniens, Dalmatiens und der kroat.-slav. Militärgrenze betreffend; 2. aus dem speziellen Theile, welcher nebst dem Namensverzeichnis der Mitglieder des Central-Comité's, der Fiscal-Comité's und der Jury, das vollständige Verzeichniß der P. T. Aussteller nebst einer kurzen Angabe der ausgestellten Gegenstände enthalten wird; 3. aus dem Inseratentheile, welcher in Doppelkolonnen Annoncen jeder Art enthalten wird, und dazu bestimmt ist, die Namen der Produzenten, Kaufleute, Industriellen u. den weitesten Kreisen bekannt zu machen. Dieser Theil des Kataloges ist auch Nichtausstellern, so wie auch Auswärtigen gegen Insertionsgebühr zugänglich.

Die Inserate werden nach Verlangen der Inserirenden in einer oder mehreren beliebigen Sprachen aufgenommen, und müssen längstens bis Ende März 1864 eingesendet werden. Nach dieser Zeit werden Annoncen, so weit es thunlich ist, nur gegen die doppelte Insertionsgebühr angenommen.

(Kinderpest.) Nach Mittheilung aus der Stadt Triest wurde die Kinderpest im dortigen Stadtgebiete zu Rozzol an zwei Meßkühen constatirt. Die Art der Einschleppung des Contagiums konnte nicht nachgewiesen werden. Die strengsten Repressivmaßregeln wurden also gleich eingeleitet, und da die Gerinnung des versuchten Hofes durch die Ortsverhältnisse sehr begünstigt ist, so steht zu erwarten, daß die Seuche, im Keime erstickt, keine Ausdehnung annehmen werde.

Laut Mittheilung aus Triest wurde der Bezirk Pola, in welchem die Gesundheitsverhältnisse des Großhorn- und Vollaiches befriedigend sind und allwo seit 27. Oktober l. J. kein Erkrankungsfall an Kinderpest unter demselben vorgekommen ist, seuchenfrei erklärt und alle gegen diesen Bezirk angeordneten veterinär-polizeilichen Maßregeln außer Wirksamkeit gesetzt.

Wien, 20. December.

Der Staatsminister Herr v. Schmerling ist in voller Reconvalescenz begriffen, und bringt schon den größten Theil des Tages außerhalb des Bettes zu. Man hofft, daß er in einigen Tagen auch im Stände sein werde, das Zimmer zu verlassen. Die Reise nach Venedig soll erst nach Weihnachten unternommen werden.

— Der ins Privatleben zurückgetretene kaiserlich russische Gesandte v. Balabine läßt alle seine Möbeln hier verkaufen. Als seinen Nachfolger bezeichnet man den dormaligen kaiserlich russischen Gesandten in Rom, Kisselew (nicht Graf K.), der zur Zeit der Republik Rußland in Paris vertreten hat.

— Der „Glas“ bringt im Hinblick auf die Zerfahrenheit, welche gegenwärtig in den politischen Anschauungen der einzelnen slavischen Völker Oesterreichs herrscht, einen Kongreß der Redactoren sämtlicher slavischer Journale unserer Monarchie in Vorschlag. Sollte diese Idee Anklang finden, ist er bereit, behufs Realisirung des Vorschlages ein entsprechendes Programm auszuarbeiten.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Frankfurt, 20. December. Nach der heutigen „Süddeutschen Ztg.“ geht die Instruktion für die Bundeskommissäre dahin, Holstein nach den bestehenden Gesetzen zu verwalten, unbeschadet der landesherrlichen Rechte, die Einwohner möglichst wenig zu belästigen.

Berlin, 20. December. Ein Privatbrief aus Petersburg vom 18. d. M. meldet: Der französische Geschäftsträger übergab vorgestern dem Fürsten Gortschakoff eine Depesche des Ministers Drouyn de Lhuys, welche das Schreiben Kaisers Alexanders vom 18. November bezüglich des Kongresses beantwortet und eine Ministerkonferenz als Vorbereitung für einen Fürstenkongreß vorschlägt.

Berlin, 20. December. Es verlautet, der König werde die Adressdeputation des Abgeordnetenhauses empfangen, und zwar gemeinschaftlich mit der Adressdeputation des Herrenhauses. Börse: Kredit 76½, 60ger Lose 77½.

Hamburg, 20. December. Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß die dänischen Truppen Be-

fehl erhielten, das Herzogthum Holstein zu räumen. Der kommandirende General wurde angewiesen, sich mit dem kommandirenden der Bundesexekution wegen der Modalitäten der Räumung in Korrespondenz zu setzen.

Hamburg, 20. December Mittags. Von den österreichischen Exekutionstruppen sind 5670 Mann mit 400 Pferden angekommen. Die Einmarschirenden wurden von der Bevölkerung sehr gut aufgenommen. Der Eindruck dieser Maßregel zeigt sich günstig.

Hamburg, 20. December. Die österreichischen Truppen sind in fortwährendem Einmarsch in die Stadt begriffen. — Erklärungen zufolge, welche der dänische Finanzminister Jørgen im Reichsrathe abgegeben hat, soll eine neue Anleihe von 10 Millionen mit für Rechnung Holsteins kontrahirt werden. — Die „Gothenburger Zeitung“ meldet aus Stockholm unterm 17.: Das Telegramm „Fädrelandet's“ von einer skandinavischen Hilfsfendung ist unbegründet.

Altona, 20. Dec. So eben verlassen die dänischen Truppen unsere Stadt.

Paris, 20. December. Ein hiesiges Bankhaus wurde beauftragt, für Rechnung des Königs Franz von Neapel 30 Millionen Lire ital. Efficien zu verfilbern und dafür Metall anzuschaffen.

Paris, 20. December. Die neue Anleihe soll auf dem gebräuchlichen Wege der Subskription effectuirt werden. Minister Fould soll bereits Anfangs Januar die Unterzeichnung stattfinden lassen.

Kopenhagen, 20. December. Die „Berlingske Ztg.“ meldet: Dem Vernehmen nach werden gleichzeitig mit dem Anfang der Bundesexekution die nöthigen Veranstaltungen für die Errichtung einer Zollgrenze an der Eider getroffen.

Bera-Cruz, 21. November. Die Franzosen haben Queretaro ohne Widerstand besetzt. Juarez ist von Potosi nach Zacatecas gegangen. Seine Armee zerstreut sich, ist demoralisirt und unfähig zum Widerstand.

Gerichtshalle.

(Diebstahl.) Dieses Verbrechen haben sich zwei jugendliche Angeklagte, Franz D. 20 Jahre und Franz R. 16 Jahre alt, beide von Profession Rauchfangkehrer, vor einem Fünfrichterkollegium zu verantworten.

Am 2. Juni l. J. Abends begab sich M. K., Magd des S. St., in das Wohnzimmer ihres Dienstherrn, um zu sehen, ob er etwas benöthige, sie fand denselben ganz außer sich und an der Hand verlegt. Er erzählte ihr, daß er von Dieben zu Boden geschlagen und, wie er eidlich bestätiget, um wenigstens 400 fl. Silbergeld bestohlen worden sei. Es wurde Alarm gemacht, Hausbewohner und Nachbarn eilten herbei, um den Thätern nachzuforschen, und wirklich führte ein aus dem Kamin in der Küche herausragender Fuß auf die Spur der Thäter.

Der Fuß gehörte dem älteren der Angeklagten, welcher hervorgeholt um sich bis und stieß, endlich zur Ruhe gebracht, auch seinen jüngern Kameraden verrieth, welcher sodann auch aus dem Kamine hervorkam.

Der Jüngere gestand sogleich die That, bezeichnete den ältern als den Anstifter, welcher jedoch alles Wissen in Abrede stellt und behauptet, er sei in den Kamin nur deshalb gestiegen, um zu sehen, was sein Kamerad, der den Schornstein lehren sollte, so lange dort mache, es sei ihm nie im entferntesten der Gedanke an einen Diebstahl gekommen; derselbe widerspricht allen Angaben der Zeugen, daß er sie verlegt habe und schreibt die Verletzungen einem Zufalle bei. Er beharrt trotz der gegen ihn vorliegenden Umstände, daß am Kamine Silbergeld verstreut war, daß am Abende die Rauchfänge nicht gefehrt werden, daß das Rechnen gegen die Gewohnheit nicht angefangen war und trotz dem ihm Franz R. den ganzen Vorfall und die Besprechung in's Gesicht wiederholt, bei seinem Längnen.

Eines zweiten Diebstahles erscheint Franz D. allein angeklagt. Dem Vorkollektanten Th. N. wurden am 21. Februar l. J. Mittags, als er zum Speisen gegangen war, aus seinem, mit einer eisernen Thüre und eisernen Fenstern versehenen Geschäftslokale ohne Spur einer an der Sperre geübten Gewalt über 50 fl. entwendet.

Bezüglich dieses Diebstahls führte die Spur auf Franz D., denn derselbe hatte am Tage des verübten Diebstahls Vormittags gar kein Geld, während er Nachmittags und die darauffolgenden Tage sowohl in Stein als in Laibach bedeutende Auslagen machte. Der Umstand, daß der Weg durch den Schornstein in das neben dem Verkaufslokale führende Magazin nur ihm, der immer jenen Schornstein lehrte, bekannt war und der Umstand, daß die Sachverständigen gegen die Behauptung des Angeklagten, er könne in jenen Schornstein nicht schlüpfen, bestimmt erklären, daß derselbe durch einen Schornstein von solchen Di-

menstionen leicht kommen könne, führen trotz des Längnens des Angeklagten zu seiner Ueberweisung.

Noch ein dritter Diebstahl liegt vor. Franz R. am 30. März l. J. im Pfarrhose zu Hötisch mit dem Rauchfangkehrer beschäftigt, benützte die Gelegenheit, als die Köchin sich auf einige Augenblicke entfernt hatte, um derselben aus ihrem Zimmer 4 Lächer und zwei Bücher im Werthe von 6 fl. 60 kr. zu entführen. Sogleich angehalten, wurden ihm die Sachen abgenommen und er gestand die That.

Diese mehrfachen Angriffe auf fremdes Eigenthum und die Verwegenheit bei dem ersten Falle bestimmten den Gerichtshof zur Ausmessung einer strengen Strafe, und es wurde Franz D. zu sechs Jahren und Franz R. zu drei Jahren schweren Kerker verurtheilt. Beide meldeten die Berufung an.

Sprechhalle.

Zu den unbedingt bodenlos kothigen Stellen in Laibach gehört die Ausmündung der unteren Stadtschlagasse in die Sternallee. Hier ist oft ein solcher Schlamm, daß die Kinder, welche aus der Richtung des alten Marktes nach der Klosterfrauenschule wollen, den Umweg durch die Sternallee machen müssen. Auch wenn man von der Mitte der Sternallee in eins der Kaffeehäuser, Roner oder Fischer, gehen will, muß man ein Schlammmeer durchschreiten. Da so viel für Pflaster und Beschotterung ausgegeben wird, so kann man auch gute Straßen verlangen; wenigstens für das Eine sollte vor Allem gesorgt werden, daß es nämlich Uebergänge gibt, und man nicht gezwungen ist, bis über die Knöchel in Koth zu treten. Im Gemeinderath spricht man über so Vieles, aber über den Koth schweigt man und läßt fünf gerade sein.

Einer, der die Reinlichkeit liebt.

Nachdem derzeit die Polanastraße beschottert und, wie wir nach einem frühern Gemeinderathsbeschlusse als sicher annehmen wollen, im Frühjahr auch kanalisiert werden wird, erscheint es uns an der Zeit, auf einige Hauptveranstaltungen dieser Straße, welche — breit und ziemlich geradlinig angelegt — eine der schönsten der Stadt sein und werden könnte, hinzuweisen und deren Beseitigung anzuregen.

In der Mitte der Straße ragt nämlich die ebenso unförmliche als unnöthige Auffahrt zur neuen Seifenfabrik hervor und benimmt dem Publikum die Fernsicht auf eine längere Straßenstrecke, gleichwie es den Verkehr beengt.

Bevor nun auf jener Seite Mulden gepflastert werden, wird die Einleitung zu treffen sein, daß auch die fragliche Strecke aus dem ländlichen Zustande in einen städtischen verwandelt werde, was ohne allen Schaden für die Bosou'schen Gebäude mittelst einer die Grundmauern noch hinreichend schützenden Böschung, ähnlich jener längs des Lichtenthurn'schen Hauses, um so leichter ausgeführt werden kann, als die weniger steile Einfahrt in den zu abplanirenden Fabrikschhof der Fabrik selbst im gleichen Maße wie der Straße zu Statten kommt.

Der nämliche Fall ist es mit dem Stein- und Schotter-Ablagerungsplatz an der Gartenmauer vom Vidiz'schen Hause Nr. 66. Hätte das dort aufgehäufte Schottermaterial nicht schon längst entfernt und ein dem Auge wohlthuender Rasen bis an die dort stehenden Straßengrenzsteine beschafft werden können?

Einer aus der Polana.

Um dem von Jahr zu Jahr lebhafter empfundenen Bedürfnisse zu entsprechen, wird der katholische Gesellenverein seine diesjährige Christbaumfeier im ständischen Redoutensaal am Sonntag den 27. d. M., von 6 Uhr angefangen, abhalten.

Den vorzüglichsten Gegenstand dieser Christbaumfestunterhaltung bilden plastische Darstellungen mehrerer auf die Weihnachtsfeier Bezug nehmenden biblischen Thatsachen, welche von Seite der Vereinsgesellen in lebenden Bildern vorgeführt werden. — Zwischen den einzelnen plastischen Darstellungen, welchen ein Biergespräch: „Der Entschluß“ vorausgeschickt werden wird, kommen einige Gesangspiecen und Deklamationen zum Vortrage.

Indem Befertigter das geehrte Publikum zu dieser Christbaumfeier gegen Entrée von 20 Nkr. höflich einladet, erlaubt er sich noch zu bemerken, daß das Vereinslokale mit seinem gewöhnlichen Christbaum und Krippe am Neujahrstage und dem darauf folgenden Sonntage von Abends 7 Uhr an für Jedermann offen bleibt, und richtet unter Einem an jene edlen Vereinsfreunde und Wohlthäter, welche die Vereinsmitglieder mit einer Weihnachtsgabe zu erfreuen geneigt sind, die Bitte, die betreffenden Gegenstände an den Befertigten, oder auch in den Gewölben der Herren: Heidrich, Schreiner und Schwentner abliefern zu wollen.

Dr. Vončina,
Vereinsvorsteher.

Effekten und Wechsel-Kurse.

an der k. k. öffentlichen Börse in Wien

Den 21. December 1863.

Effekten.		Wechsel.	
5% Metalliques	72 90	Silber	118 —
5% Nat. Anl.	79 90	Londen	117 90
Banckactien	786 —	R. f. Dufaten	5 66
Kreditactien	183 80		
1860er Lose	— —		

Fremden-Anzeige.

Den 19. December 1863.

Hr. Knoffl, k. k. Oberfinanzrath, von Graz. — Hr. Fischer, Kaufmann, von Czafathurn. — Hr. Ehrenreich, Privat, von Wien.

Den 20. Die Herren: Graf Vera, Gutsbesitzer, und — Flaschner, Weinhändler, von Pest. — Hr. v. Brandenfeld, k. k. General-Major, von Triest. — Hr. v. Padovizb, Stuhlrichter, von Szubar. — Die Herren: Jarosch, und — Paulitsch, Handelsleute, von Graz. — Hr. Brunner, Geschäftsreisender, von Wien. — Hr. Buharizb, Schneidermeister, von Agram. — Hr. Franz, von Reichenberg.

3. 2581. (1)

Konkurs.

An der Musikschule des National-Musik-Institutes zu Agram ist eine Lehrerstelle für Blech- und Holz-Blas-Instrumente mit einem Jahresgehalt von 350 fl. öst. W. zu besetzen, und ist damit die Verpflichtung, den Unterricht durch 4 Stunden täglich zu ertheilen, und bei allen Instituts-Concerten als Solospieler mit-zuwirken, verbunden. Auch werden dem betreffenden Lehrer durch Erlangung dieser Stelle nicht unbedeutende Nebenverdienste in Aussicht gestellt.

Hierauf Reflektirende wollen ihre mit den erforderlichen Zeugnissen belegte Gesuche bis 25. Jänner 1864 an die Direction des besagten Institutes einsenden.

Agram den 15. Dezember 1863.

3. 2451. (3)

Wir erlauben uns beim Herannahen der Feiertage unseren ausgezeichneten Bouteillen-Wein, genannt:

„der König der steierischen Weine“,

die große Bouteille 50 Kr.,

besten feinschmeckenden

Kleinscheg'schen Champagner,

die große Bouteille 1 fl. 80 Kr.,

alle Gattungen

farbige Tiroler-Ponbons

so wie

Specerei-, Eisen-, Geschmeide-

und

Nürnbergers-Waaren

zu herabgesetzten Preisen bestens zu empfehlen.

Sp. S V. Pessiack,

Theatergasse.

3. 2584. (1)

Nur in der Spitalsgasse

bei

Josef Schreyer

sind billige

Christabend- und Neujahrsspenden

zu haben.

3. 2573. (2)

Das Neueste

von

in- und ausländischen Galanterie-Gegenständen

zu

Weihnachts- und Neujahrs-Geschenken

empfehlen das

GALANTERIE- & NÜRNBERGER-WAARENGESCHÄFT

des

Anton Krisper,

Hauptplatz Nr. 264.

3. 2555. (3)

Zu

Weihnachts- und Festgeschenken

sind in der Handlung des Gefertigten

elegante

Galanterie = Gegenstände

aller Art,

sowie feine Coilette-Artikeln

aufgestellt, und zu billigen festgesetzten Preisen zu haben.

Auch ist feinst raffiniertes, echt amerikanisches Petroleum in Original-Packung angekommen. Dieses ist ganz geruchlos, und hat die Eigenschaft gleich dem Oel, da es nur in der Lampe durch den Docht entzündbar ist; außerdem kann es mit keiner Flamme zum Brennen gebracht werden, demnach als ein vollkommen gefahrloses vor-zurechtliches Beleuchtungs-Material für jeden Salon bestens anempfohlen werden kann.

Josef Karinger,

„zum Fürsten Milosch“ in Laibach.

3. 2558. (2)

Eine große Auswahl

von

Galanterie = Gegenständen

empfehlen als geeignete

Weihnachts- und Neujahrsgeschenke

sowie

Combola-Gewinnste

zu überraschend billigen Preisen

das Handlungshaus Petričić & Pirker.